

Kölziner fordern Erdkabel für die 380-kV-Leitung

Auf jüngstem Treffen Zusammenarbeit mit Wittenburg beschlossen



Kölzin/Wittenburg • In Wittenburg und in Kölzin haben sich Bürgerinitiativen gegründet. Den Mitgliedern geht es um die gefahrlose Trassierung der 380-kV-Leitung in Wohnbereichen unter größerer Beachtung des "Schutzgutes Mensch".

Während sich in Wittenburg bisher über 1000 Bürger mit ihrer Unterschrift für eine veränderte Trassenführung der 380-kV-Leitung nördlich der Stadt aussprachen, fordern die Kölziner die Fortführung der Stromtrasse in einem Erdkabel.

Keine zwei Wochen nach ihrer Gründung konnte sich die "Bürgerinitiative zum Schutz des Schaaletals" bei ihrer jüngsten Versammlung über eine rege Teilnahme freuen. Ziel der Bürgerinitiative ist es, das Gesundheitsrisiko durch die vor den Toren Kölzins geplante 380-kV-Leitung zu minimieren. Als Gäste begrüßte die Bürgerinitiative an diesen Abend den Bürgermeister der Gemeinde Kogel, Herbert Wilke, sowie die Wittenburger Bürgervorsteherin Sybill Moß.

Herbert Wilke erläuterte den Verlauf des nunmehr abgeschlossenen Raumordnungsverfahrens und erklärte, dass die Entscheidung für die Trassenführung nördlich von Kölzin auf die dort bereits genehmigte 110-kV-Leitung zurückzuführen sei. Außerdem berichtete er vom Scopingtermin am 22. Februar im Schweriner Wirtschaftsministerium, der das Planfeststellungsverfahren vorbereiten sollte. Bei dieser Gelegenheit sei die Trassenführung im Bereich der Lüttower Kiesgruben in Frage gestellt worden, was für Kölzin einen Verlauf der Stromleitung entlang der Autobahn zur Folge haben könnte. Auch der Naturschutz befürworte diese Variante. Ziel der Bürgerinitiative bleibt jedoch die Erdverkabelung, ungeachtet des Trassenverlaufs, denn in jedem Fall sei der Abstand zur vorhandenen Bebauung zu gering.

Eine Freileitung in Autobahnnähe bedeute zudem ein erhöhtes Krebsrisiko durch aufgeladene Staubpartikel.

Kai Busch, der den Bürgermeister zu dem Scopingtermin begleitet hatte, bedauerte, dass bei dieser Veranstaltung das "Schutzgut Mensch" einen so geringen Stellenwert eingenommen habe und dass die Gesetzgebung mit ihrem Grenzwert von 100 μ -Tesla für Hochspannungsleitungen nicht den neusten Erkenntnissen entspreche. Rosi Kruse ergänzte, dass die Grenzwerte in anderen europäischen

Ländern wesentlich niedriger lägen und zwar bei 1 μ -Tesla in der Schweiz und 0,5 μ -Tesla in Italien. Laut Bildschirmarbeitsplatzverordnung sollten am Computer Strahlungswerte von 0,25 μ -Tesla nicht überschritten werden. Busch wies auf die Gefahr hin, dass die geplante 380-kV-Leitung als 400-kV-Leitung genutzt werde, was eine noch größere Belastung für die Bevölkerung darstellen würde. Außerdem kam er auf die Kosten der Erdverkabelung zu sprechen.

Gasisolierte Leitungen seien zwar teurer, aber dauerhafter als herkömmliche Leitungen, eigneten sich darüber hinaus besser für eine Erdverkabelung von Teilstücken. Einer unabhängigen Studie aus Niedersachsen zufolge seien die Mehrkosten lediglich viermal so hoch wie bei einer Freileitung, wesentlich niedriger als von Vattenfall angegeben. Dass die Erdkabel wesentlich effizienter und weniger störanfällig seien, bleibe bei der Argumentation des Stromversorgers unberücksichtigt. Ebenso wenig werde der beträchtliche Gewinn erwähnt, den Vattenfall mit der Stromleitung erzielen werde.

Dann ergriff Sybill Moß das Wort. Sie schilderte die Situation in Wittenburg und ihre Erfahrungen mit dem Stromversorger. Sie empfahl eindringlich, nicht zu warten, bis eine Stellungnahme der betroffenen Bürger im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens vorgesehen sei. Sie habe sich bereits um Termine mit hochrangigen Politikern bemüht und lud die Kölziner ein, daran teilzunehmen.

Geplant sei u.a. die Trasse abzufahren und an verschiedenen Stellen, wie z.B. in Kölzin anzuhalten, um den Politikern die Problematik vor Augen zu führen und um zu fragen, ob der Slogan "Mecklenburg-Vorpommern tut gut" nur für Touristen gelte.

Die Kölziner Bürgerinitiative beschloss eine Zusammenarbeit mit Wittenburg, wenn nötig bis zur Sammelklage. Wegen eines Formfehlers wird die Unterschriftensammlung voraussichtlich am kommenden Wochenende wiederholt. Die Bürgerinitiative beabsichtigt, sich im 14-Tage-Rhythmus zu treffen. Die nächste Zusammenkunft findet am Mittwoch, dem 15. März statt.

Ansprechpartnerin der Bürgerinitiative ist Elke Stubbe, Tel. 038851/80577.

Astrid Schwarz

<http://www.svz.de/newsmv/lr/hag/07.03.06/3387010/3387010.html>